
FDP Kriftel

FDP-ANTRAG GEGEN HEIMAT-UMLAGE HESSEN ERFOLGREICH – TEILE DER GRÜNEN-FRAKTION UM VORSITZENDE VISCHER HALTEN ZUM PLAN DES LANDES AUSLAUFENDE GEWERBESTEUER- UMLAGE DEUTSCHE EINHEIT EINZUBEHALTEN

15.11.2019

Kriftel, 12. November 2019. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung am 31. Oktober

fand ein Antrag der FDP-Fraktion sich der Stellungnahme des Hessischen Städte- und Gemeindebundes gegen das „Starke Heimat Hessen“-Gesetz anzuschließen eine breite Mehrheit. Die schwarz-grüne Landesregierung plant, dass die zum 31.12.2019 auslaufende

Gewerbsteuer-Umlage Deutsche Einheit zum Aufbau Ost („Gemeinde-Soli“) fast vollständig

weiter von den Kommunen an das Land gezahlt werden soll. Diese eigentlich kommunalen Finanzmittel sollen dann nach dem Gutdünken der Landesregierung insbesondere zur Stärkung des ländlichen Raums genutzt werden. Für Kriftel geht es hierbei um 600.000 € jährlich (= ca. 120 Punkte Gewerbesteuer B), die ohne diese Pläne ab 2020 bei der Gemeinde

verbleiben würden.

Diesen Anschlag auf die kommunale Selbstverwaltung wollte in der Gemeindevertretung nur

Grüne-Fraktionsvorsitzende Regina Vischer verteidigen, die „positive Aspekte“ in der Umverteilung von Geldern auf weniger wohlhabende Gemeinden sehen wollte. „Mir ist unverständlich, warum Frau Vischer bei ihrer Ablehnung unseres Antrags mit landespolitischen Interessen argumentiert hat, anstatt das berechnete Krifteler Eigeninteresse zu unterstützen immer neue Umverteilungsmechanismen unserer

Steuereinnahmen zu verhindern. Selbst Teile ihrer eigenen Fraktion sind ihr ja nicht gefolgt“,

kritisierte FDP-Fraktionsvorsitzender Florian Conrad seine Amtskollegin. „Wenn die Landesregierung etwas für die Kommunen tun will, soll sie das aus originären Landesmitteln

machen, aber nicht die Kommunen schröpfen.“

Dem Änderungsvorschlag von CDU-Fraktionsvorsitzendem Dr. Fichert, dass sich auch der Gemeindevorstand zusätzlich zur Gemeindevertretung der Stellungnahme anschließen stimmten wir zu. So konnte der geänderte Antrag bei zwei Gegenstimmen aus den Reihen der

Grünen und einer Gegenstimme aus der Reihe der CDU mit großer Mehrheit beschlossen werden.